

PAUL VON HINDENBURG



**EIN SELBST INSZENIERTER
HELD UND ANTIDEMOKRAT**

Paul von Hindenburg - Ein selbst inszenierter Held

Auf den ersten Blick scheint die Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg und die jetzige nicht viel mit einander zu tun zu haben. Doch beim zweiten Blick werden Parallelen sichtbar: Damals wie heute stürzen rücksichtslose Machtzentren und Potentaten ganze Völker, Länder und Regionen in Krieg und Unglück. Damals war das Deutsche Reich mit der kaiserlichen Monarchie zumindest eine Konflikte anheizende und kriegstreibende Kraft.

Der heute weltweit bekannte Paul von Hindenburg war bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein preußischer Militär ohne besonderen Einfluss. Einer ostpreußischen Adels- und



Paul von Hindenburg 1914, Foto: Nicola Perscheid

Junkerfamilie entstammend und 1847 im heute polnischen Posen geboren, schlug er die klassische Militärlaufbahn ein. Er besuchte von 1859 bis 1863 die Kadettenanstalt, wurde 1866 Leutnant und erreichte in der Karriereleiter schließlich die Position des Kommandierenden Generals des IV. Armee-Korps in Magdeburg und General der Infanterie.

Nachdem sich Paul von Hindenburgs Hoffnungen auf die Position des Generalstabs-Chef zerschlagen hatten, da der Kaiser gegen ihn Vorbehalte pflegte¹ und er für andere Beförderungen ebenfalls nicht hinreichend qualifiziert war²

¹ Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 184

² Ludendorff, Erich: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär ..., Band 3, S. 123

³ Pyta, Wolfram: Hindenburg ..., S. 43, Hervorhebungen durch den Autor dieser Artikel

schien seine Karriere beendet zu sein. Und so wurde er 1911 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand ohne Weiterverwendung verabschiedet und empfand zunehmend Verbitterung.

Gleich nach Kriegsbeginn bemühte sich Paul von Hindenburg am 1. August 1914 vergeblich um ein Kommando, „blitzte“ beim Chef des Generalstabs von Moltke jedoch ab. Im August spitzte sich infolge zu schwacher Truppenstärke und taktischer Fehler die Lage an der Ostfront zu: Die zaristischen Truppen waren bereits tief in das ostpreußische Gebiet eingedrungen und der deutschen 8. Armee drohte die Einkesselung sowie weitere dramatische Gebietsverluste.

In dieser Situation wurde von Hindenburg am 22. August 1914 schließlich doch reaktiviert und Oberbefehlshaber der in Ostpreußen kämpfenden 8. Armee. Wolfram Pyta führt in seinem Standardwerk über Hindenburg dazu aus: „**Interessant ist, dass die Chronologie der Personalfindung noch einmal unterstreicht, dass der Große Generalstab Hindenburg nicht unbedingt Feldherrnqualitäten attestierte**“³. Dies wurde insbesondere dadurch deutlich, dass Erich Ludendorff, als Chef des Generalstabs berufen wurde und Paul von Hindenburg als „dekorative Figur“ dessen als genial geltende „Kreise“ einfach nicht stören sollte.

Als Paul von Hindenburg die Rolle des Oberbefehlshabers übernahm, erhielt er nicht einmal eine für ihn bestimmte militärische Lageanalyse. Diese erhielt Ludendorff, der einen erfolgversprechenden Feldzugsplan ausgearbeitet hatte, in welchen sich von Hindenburg nicht einmischte. Zwischen dem 26. und dem 30. August 1914 endeten die Truppenbewegungen und Kämpfe mit der Zerschlagung der eingedrungenen zaristischen Kräfte in der sogenannten „Schlacht bei Tannenberg“.

Diese Namensgebung ist der erste propagandistische Schwindel in der langen Liste Hindenburgscher Unkorrektheiten. Die Schlacht fand in Wirklichkeit gar nicht bei Tannenberg, sondern beim über 40 Kilometer entfernten Allenstein statt und wurde in den deutschen Medien zuerst korrekterweise auch „Schlacht bei Allenstein“ genannt. Erst auf Wunsch und unter dem erklärten Plan von Hindenburgs wurde aus propagandistischen Gründen und der Überhöhung seiner Person der Name in „Schlacht bei Tannenberg“ umbenannt⁴, um eine „Schmach“ aus dem Jahr 1410 zu überstrahlen, als Ritter des Deutschen Ordens gegen ein polnisch-litauisches Heer eine vernichtende Niederlage erlitten.

Wesentlich schlimmere Folgen für die deutsche Geschichte der nächsten zwei Jahrzehnte hatte jedoch ein anderer Aspekt: Paul von Hindenburgs erfand für sich eine der

⁴ Abgedruckt in: Hubatsch, Walther: Hindenburg und der Staat ..., S. 152

Wahrheit nicht entsprechende Rolle. Er ließ sich als Held von Tannenberg feiern und verkünden, obwohl er selbst mit dem Schlachtverlauf praktisch nichts zu tun hatte: Die Planung der Schlacht war eine Leistung des späteren Hitlerputsch-beteiligten Ludendorff und die Schlacht selbst verschlief Hindenburg im wahrsten Sinne des Wortes⁵.

Die bis zu seinem Tod funktionierende Propagandalüge ist das erste Beispiel für die erfolgreiche Selbstinszenierung des Paul von Hindenburg. Je länger der zunehmend desaströse Erste Weltkrieg dauerte, um so zentraler und bedeutender wurde seine Rolle im kaiserlichen Deutschland. Es folgte seine Ernennung zum Generalfeldmarschall und im August 1916 zum Chef der Obersten Heeresleitung (OHL). Zwar war formell der deutsche Kaiser Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt über die gesamten Streitkräfte des Deutschen Reiches. Der damalige Kaiser Wilhelm II verzichtete jedoch während des Ersten Weltkrieges auf deren Wahrnehmung und überließ diese dem Chef der OHL. Somit war von Hindenburg auch auf Grund der Held-von-Tannenberg-Legende faktisch der Oberkommandierende über die deutschen Streitkräfte. Manche Historiker sprechen sogar von ihm in der Zeit von 1916 bis zur Gründung der Weimarer Republik als Chef einer „de-facto Militärdiktatur in Deutschland“ („By the end of the First World War, Germany was effectively a military dictatorship.“)⁶

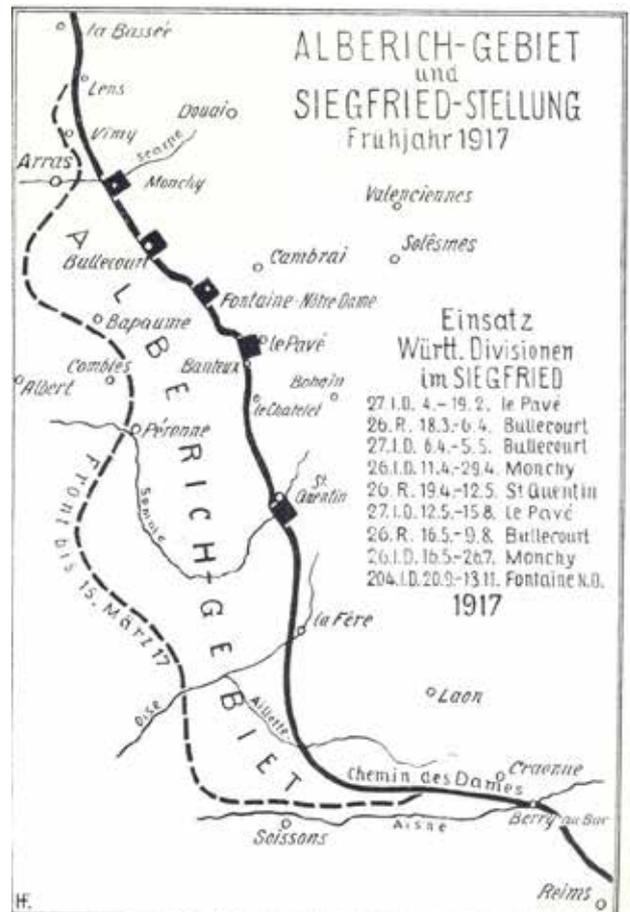
In diese Zeit fallen dann auch die international Aufsehen erregenden und durch Paul von Hindenburg als Chef der OHL zu verantwortenden Kriegsverbrechen:



Alliierte Soldaten stoßen im verwüsteten Gebiet Richtung St. Quentin zur Siegfriedlinie vor

Die Lage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurde immer aussichtloser und die letzte Chance diesen Krieg doch noch siegreich zu beenden, schien der militärischen Führung eine Kapitulation Englands zu sein. Einerseits beteiligte sich England mit großen Truppenkontingenten an der Verteidigung Frankreichs gegen die eingedrungenen deutschen Truppen. Zum anderen war die Ver-

sorgungslage der deutschen Bevölkerung im Winter 1916/1917 katastrophal. Am 30. September 1916 war das „Hindenburg-Programm“ gestartet worden, hunderttausende deutsche Zivilpersonen starben an Unterernährung⁷. Neben der unfähigen Planung der Versorgung der Zivilbevölkerung in Deutschland im Zuge der Vorbereitung



Im Zuge des Unternehmens Alberich zwischen der ursprünglichen (gestrichelt dargestellten) Frontlinie und der fett dargestellten Siegfried-Stellung verwüstetes französisches Gebiet

des Ersten Weltkrieges, verursachte die Seeblockade der überlegenen britischen Marine eine Verschärfung der Notsituation. In dieser Situation entwickelte die deutsche Militärführung das Konzept des sogenannten „uneingeschränkten U-Bootkrieges“, was nichts anderes bedeutete, als das Handels- und Passagierschiffe ohne Vorwarnung versenkt wurden, auch wenn dies Schiffe neutraler Staaten waren⁸. Nachdem Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler von Bethman Hollweg dies zuerst ablehnten, setzten von Hindenburg und Ludendorff den „uneingeschränkten U-Bootkrieg“ schließlich durch. Dieser Verstoß gegen die Seekriegsordnung führte unmittelbar zur Ermordung von Zivilisten neutraler Staaten und war das

⁵ Olden, Rudolf: Hindenburg ..., S. 133

⁶ John Lee: The warlords: Hindenburg and Ludendorff, Weidenfeld & Nicolson, London 1946

⁷ Scriba, Arnulf: Der "Kohlrübenwinter" 1916/17 ... und Kruse, Wolfgang: Erster Weltkrieg. Kriegswirtschaft und Kriegsgesellschaft ...

⁸ Der Chef des Admiralstabes Admiral v. Holtzendorff an den Chef des Generalstabes

Generalfeldmarschall v. Hindenburg (22. Dezember 1916), abgedruckt in Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Hg., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Bd. 1, S. 137-141.

erste durch von Hindenburg zu verantwortende schwere Kriegsverbrechen.

Aber nicht nur unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten zeigte sich hier von Hindenburgs intellektuelle Beschränktheit und fehlende strategische Weitsicht: Der Plan, England infolge von Versorgungsengpässen zur Kapitulation zu zwingen, scheiterte. Stattdessen erklärten die USA am 6. April 1917 Deutschland infolge der Verkündung des „uneingeschränkten U-Bootkrieges“ den Krieg. Dies führte einerseits zur Steigerung der Waffenlieferungen an Frankreich und England. Vor allem aber entsandten die USA als Kriegspartei 1,8 Millionen Soldaten nach Europa und hatten wesentlichen Anteil an der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches. Der von ihm durchgesetzte uneingeschränkte U-Bootkrieg war somit nicht nur ein Kriegsverbrechen, sondern auch aus militärstrategischer Sicht die größtmögliche Dummheit Paul von Hindenburgs!



Der Friedensvertrag von Versailles mit relevanten Auszügen aus dem Abschnitt „Strafbestimmungen“

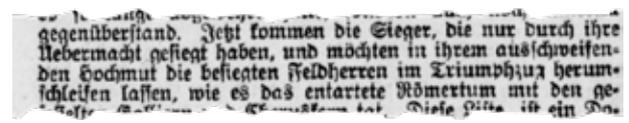
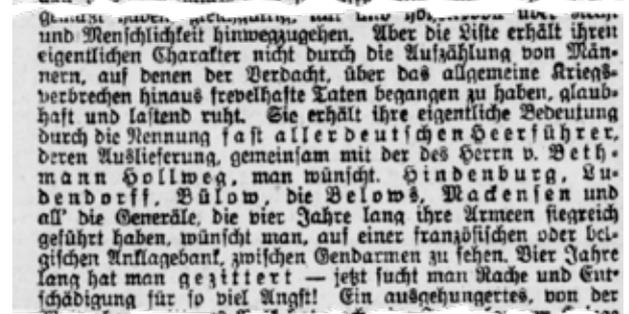
Aber nicht genug damit:

Auch militärisch hatte die OHL Deutschland in eine äußerst gefährliche Lage gebracht. Eine im Frühjahr 1917 bevorstehende französische Offensive hatte angesichts der Unterlegenheit der deutschen Truppen an der Westfront eine hohe Erfolgchance. So begann Ende Februar der strategische Rückzug von vier deutschen Armeen. Doch das sogenannte „Unternehmen Alberich“ beinhaltete nicht nur die genannten Truppenbewegungen: Die deutschen Truppen verwüsteten systematisch das aufgebene Gebiet, zerstörten 200 Ortschaften, alle Transport- und Versorgungseinrichtungen, ja sogar kulturhistorische Bauwerke und deportierten die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung, d.h. mehr als 100.000 Menschen. Dieses

weitere, durch von Hindenburg als Chef der OHL zu verantwortende Kriegsverbrechen, trug Deutschland insgesamt den Ruf als „Barbaren“ ein.

Es lag also nahe, dass der Versailler Vertrag unter anderem auch einen ganzen Abschnitt „Strafbestimmungen“ (Artikel 227 bis 230) enthielt. In Artikel 227 wurde ausgeführt: „Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, ehemaligen Deutschen Kaiser, unter öffentliche Anklage wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge“⁹. In Artikel 228 hieß es ergänzend: „Die deutsche Regierung erkennt die Befugnis der alliierten und assoziierten Mächte an, vor ihre Militärgerichte solche Personen zu stellen, die wegen einer gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßenden Handlung angeklagt sind ... Die deutsche Regierung hat den alliierten und assoziierten Mächten ... alle Personen auszuliefern, die angeklagt sind, eine Handlung gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben ...“¹⁰.

Der Versailler Vertrag wurde von der deutschen Nationalversammlung gebilligt und am 28. Juni 1919 unterzeichnet.



Das Berliner Tageblatt vom 05.02.1920 zur Auslieferungsliste

⁹ Der Friedensvertrag von Versailles..., 1925, Seite 112

¹⁰ ebenda



Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, die OHL 1917

Trotz dieser im Friedensvertrag akzeptierten Strafbestimmungen kam es aufgrund der auch nach dem verlorenen

Weltkrieg ungebrochen nationalistischen Stimmung nicht zur Auslieferung. Stattdessen empörten sich die uneinsichtigen Kräfte nach Bekanntwerden der Auslieferungsliste. Unter der Schlagzeile „Die Auslieferungsliste“ schrieb das Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung am 5. Februar 1920 im Artikel „Die Schande der Entente“: „**Hindenburg, Ludendorff ... und all' die Generäle, die vier Jahre lang ihre Armeen siegreich geführt haben, wünscht man, auf einer französischen oder belgischen Anklagebank, zwischen Gendarmen zu sehen. Vier Jahre lang hat man gezittert – jetzt sucht man Rache und Entschädigung für so viel Angst ... Jetzt kommen die Sieger, die nur durch ihre Übermacht gesiegt haben, und möchten in ihrem ausschweifenden Hochmut die besiegten Feldherren im Triumphzug herumschleifen lassen ...**“¹¹. Schuldbewusstsein ist weder beim Autor des Berliner Tageblattes zu erkennen, noch bei den Kriegsverbrechern selbst.

Die Alliierten wollten das Gemetzel des Ersten Weltkrieges nicht für die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher fortsetzen und ersparten Europa weitere Opfer. Daher fand der Strafvollzug leider nicht statt.

Dies erteilt wichtige Lehren für die Kriege und andere Bestialitäten der Gegenwart: Kriegsverbrecher und andere Un-Menschen sollten in jedem Fall vor die internationalen Gerichte gestellt, die Taten lückenlos aufgeklärt und geahndet werden. Die dem Ersten Weltkrieg folgende Entwicklung der Weimarer Republik und die Errichtung der Nazi-Diktatur sind Lehrbeispiele, was geschehen kann, wenn nicht entsprechend verfahren wird!

Quellenangaben:

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Die Schande der Entente, 05.02.1920

Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, Bd. 2: Von der Marokko-Krise, Berlin 1930, S. 183f

Der Friedensvertrag von Versailles nebst Schlußprotokoll und Rheinlandstatut sowie Mantelnote und deutsche Ausführungsbestimmungen. Neu durchgesehene Ausgabe der durch das Londoner Protokoll vom 30. August 1924 revidierten Fassung, Berlin, 1925

Hubatsch, Walther: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934. Göttingen, Verlag Musterschmidt, 1966

Kruse, Wolfgang: Erster Weltkrieg. Kriegswirtschaft und Kriegsgesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 06.05.2013 (<https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/ersterweltkrieg/155311/kriegswirtschaft-und-kriegsgesellschaft/>)

Lee, John: The Warlords: Hindenburg And Ludendorff. The Campaigns of Hindenburg and Ludendorff (Great Commanders), London 1946, Weidenfeld & Nicolson

Ludendorff, Erich: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung. Meine Lebenserinnerungen 1933-1937, Pähl 1955, Band 3, S. 121ff: Eidesstattliche Erklärung des Generals Bronsart von Schellendorf, dort insb. S. 123

Michaelis, Herbert und Schraepfer, Ernst (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Bd. 2

Olden, Rudolf: Hindenburg oder Der Geist der preußischen Armee, Paris 1935, Verlag Europäischer Merkur

Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007, Siedler Verlag

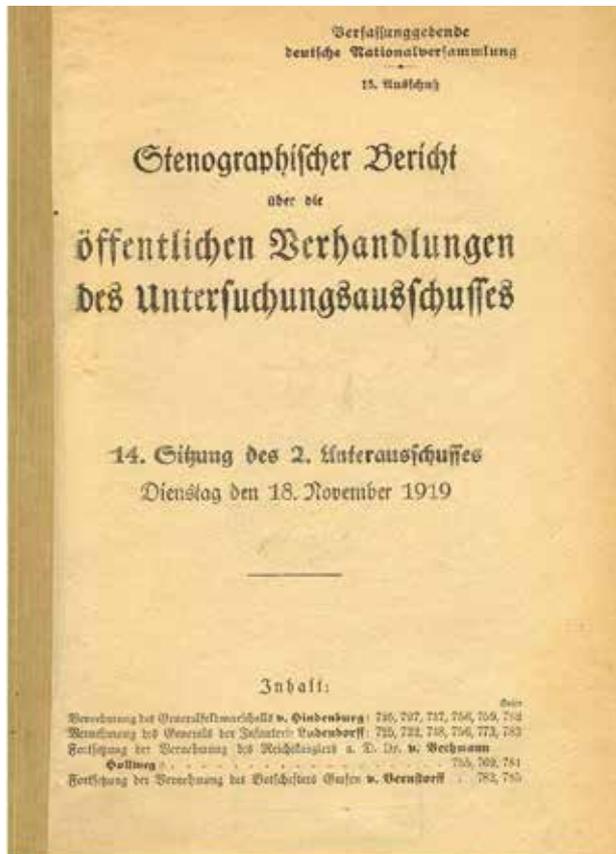
Scriba, Arnulf: Der "Kohlrübenwinter" 1916/17, Deutsches Historisches Museum, Berlin 8. September 2014 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg/alltagsleben/kohlruebenwinter-191617.html>

Wichmann, Manfred: Die "Siegfriedstellung", Deutsches Historisches Museum, Berlin, 15. September 2000 <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg/kriegsverlauf/siegfriedstellung.html>

¹¹ Berliner Tageblatt..., Morgenausgabe vom 05.02.1920, S. 1

Paul von Hindenburg - Der Erfinder der „Dolchstoßlegende“

Bereits in der Entstehungsphase der ersten deutschen Demokratie wird durch Paul von Hindenburg mit der „Dolchstoßlegende“ der Boden für die Zerstörung der Weimarer Republik bereitet. Ein Blick auf sein Agieren in den letzten Kriegswochen und seine Behauptungen nach dem Ersten Weltkrieg offenbart eine fatale Strategie.



Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 18. November 1919 mit der Vernehmung des Paul von Hindenburg, Ludendorff, von Bethmann Hollweg und von Bernstorff

Entgegen späterer Behauptungen war die Oberste Heeresleitung mit Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff spätestens Anfang Oktober 1918, also mehrere Wochen vor der Novemberrevolution, in einer regelrechten Panikstimmung. Paul von Hindenburg schrieb 3. Oktober 1918 an Reichskanzler Max von Baden: „Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die O.H.L. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen.“¹²



Aussage des Paul von Hindenburg unter Eid vor dem Untersuchungsausschuss der Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 18. November 1919, S. 729

Schon dieses Schriftstück belegt die panische Einschätzung bei von Hindenburg. Nachdem die OHL die Politik bis zu diesem Zeitpunkt nicht über die dramatische Lage unterrichtet hatte, gab es verständlicherweise irritierte Rückfragen des Reichskanzlers an Paul von Hindenburg.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges musste Paul von Hindenburg aufgrund seiner Rolle als Chef der Obersten Heeresleitung (manche Historiker bezeichnen die politische Situation in Deutschland in den Jahre 1916 bis 1918 gar als de-facto Militärdiktatur unter Hindenburg und Ludendorff) im November 1918 vor dem Untersuchungs-

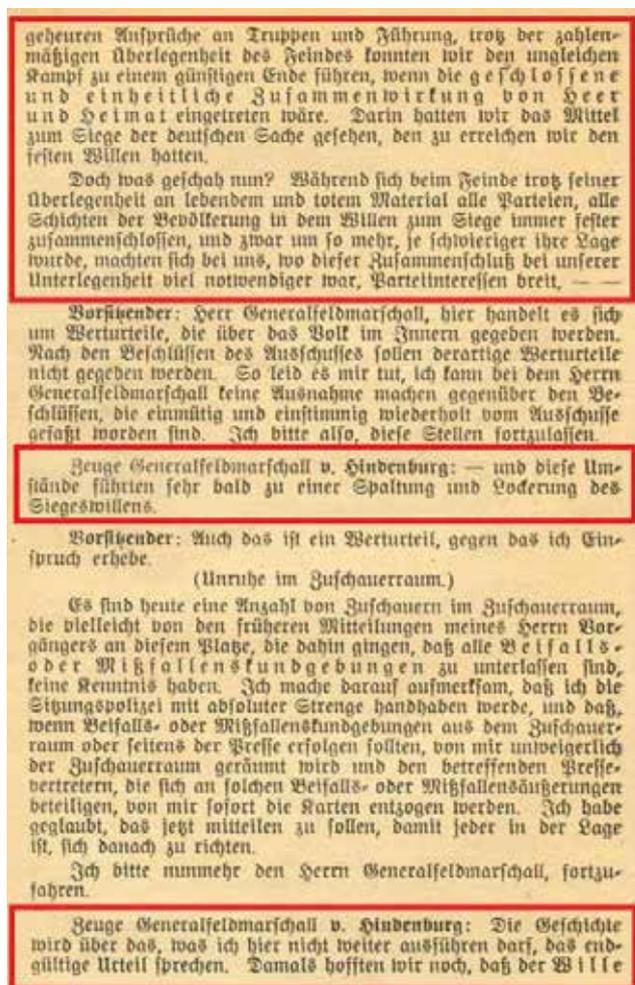
¹² Hindenburg an Reichskanzler Max von Baden, (03. Oktober 1918), abgedruckt in Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Hrsg., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in

der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Bd. 2, S. 231f

ausschuss der Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung aussagen.

Seine Behauptungen sind in einem so unglaublichen Masse unwahr und vor dem Hintergrund seiner eigenen früheren Aussagen (siehe oben: Paul Hindenburg an Max von Baden) und historischen Fakten geradezu infam, dass sich ein längeres Zitat seiner Behauptungen lohnt.

Insbesondere ist interessant, dass der Eklat aus einer Frage des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu dem durch Paul von Hindenburg zu verantwortenden Kriegsverbrechen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges entstand. Wörtlich fragte der Vorsitzende: „**Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar, und aus welchen Gründen?**“



Aussage des Paul von Hindenburg unter Eid vor dem Untersuchungsausschuss der Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 18. November 1919, S. 730

Paul von Hindenburg antwortete unter Eid mit einer unfassbar dreisten Verdrehung der Wahrheit: „... **Aber trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes konnten wir den ungleichen Kampf zu einem günstigen**

¹³ Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 18. November 1919, S. 729f

gen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenarbeit von Heer und Heimat eingetreten wäre ... Doch was geschah nun? Während sich beim Feinde trotz seiner Überlegenheit an lebendem und totem Material alle Parteien, alle Schichten der Bevölkerung in dem Willen zum Siege immer fester zusammenschlossen, und zwar umso mehr, je schwieriger ihre Lage wurde, machten sich bei uns, wo dieser Zusammenschluss bei unserer Unterlegenheit viel notwendiger war, Parteiinteressen breit ...“¹³

Obwohl er wegen seiner unkorrekten Behauptungen vom Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses immer wieder unterbrochen und ermahnt wurde, führte er seine Unwahrheiten weiter aus: „- und diese Umstände führten sehr bald zu einer Spaltung und Lockerung des Siegeswillens“¹⁴ und weiter „... Als wir unser Amt übernahmen stellten wir der Reichsleitung eine Reihe von Aufgaben, die den Zweck hatten, alle nationalen Kräfte zur schnellen und günstigen Kriegsentscheidung zusammenzufassen ... Was aber schließlich, zum Teil wieder durch Einwirkung der Parteien, aus unseren Anträgen geworden ist, ist bekannt. Ich wollte kraftvolle und freudige Mitarbeit, und bekam Versagen und Schwäche.“¹⁵



Fortsetzung der Aussage des Paul von Hindenburg, S. 731

¹⁴ Ebenda, S. 730

¹⁵ Ebenda, S. 731

Und als ob damit der dreisten Lügen nicht genug gewesen wäre, setzte er mit einer weiteren Unwahrheit dem Ganzen eine folgenschwere Krone auf. Paul von Hindenburg behauptete: „**Ein englischer General sagte mit Recht: ,Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden**“¹⁶, womit Hindenburg der „Heimat“, d.h. den Zivilisten und Parteien die Schuld an der Niederlage gab und damit vom eigenen militärischen Versagen ablenkte.

Vor dem Hintergrund der historischen Fakten darf bei dieser neuerlichen Inszenierung des Paul von Hindenburg eigentlich nicht einmal nur von „Dolchstoßlegende“

gesprochen werden. Es kann zutreffend nur mit Dolchstoßlüge des Paul von Hindenburg bezeichnet werden! Eine aus der Dolchstoßlüge und ihrer großen Bedeutung für die Destabilisierung und schließlich Zerstörung der Weimarer Republik zu ziehende weitere wichtige Lehre ist: Nur durch eine vollständige und systematische Aufarbeitung und Offenlegung der tatsächlichen historischen Vorgänge und dem Entgegen-treten gegen Verschwörungstheorien, Verdrehungen und Lügen bzgl. der Geschichte können wir unsere Demokratie schützen und verhindern, dass antidemokratische Kräfte erneut Erfolg haben.

Quellenangaben:

Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 18. November 1919

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Die Schande der Entente, 05.02.1920

Der Friedensvertrag von Versailles nebst Schlußprotokoll und Rheinlandstatut sowie Mantelnote und deutsche Ausführungsbestimmungen. Neu durchgesehene Ausgabe der durch das Londoner Protokoll vom 30. August 1924 revidierten Fassung, Berlin, 1925

Michaelis, Herbert und Schraepler, Ernst (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Bd. 2

Paul von Hindenburg und die Zerstörung der Weimarer Republik

Für eine angemessene Bewertung der Person Paul von Hindenburg sind neben der Reflexion seiner Rolle im Ersten Weltkrieg und der Dolchstoßlüge weitere Aspekte zu berücksichtigen. Sein Verhältnis zur Demokratie und seine

Verhaltensweise in der Weimarer Republik, sein Verhältnis und seine Bewertungen zu Adolf Hitler und der Nazi-Diktatur sind von besonderer Bedeutung. Diese Aspekte werden in diesem Artikel behandelt.

Hindenburg und die junge Weimarer Republik

Bereits in den ersten Jahren der noch jungen Weimarer Republik äußerte sich Paul von Hindenburg über sein Verhältnis zur ersten deutschen Demokratie. Am 25. Mai 1920 schrieb er an General Karl Eduard Wilhelm Groener: „...**Nur bin ich ein zu eingefleischter Monarchist, um dieser Staatsform nicht unter allen Bedingungen den Vorzug auch vor der besten Republik zu geben, die stets mehr Mängel aufweisen wird als jene. Schon weil ihr der feste Punkt fehlt, den der Thron nun einmal bildet. Den Deutschen und vor allem den Preußen steht die Jakobinermütze, welcher immer Narrenschellen anhängen, nicht!**“¹⁷ Nicht nur dass er sich in seinem Brief selbst als „**eingefleischter Monarchist**“ und damit als Gegner der Demokratie zu erkennen gibt, er verunglimpft mit dem Zusatz „**Den Deutschen ... steht die Jakobinermütze ... nicht!**“ alle Demokraten und macht diese mit dem Nachsatz „**welcher immer Narrenschellen anhängen**“ geradezu lächerlich.

Dieser persönliche Brief macht deutlich, wes Geistes Kind Paul von Hindenburg war. Folgeschwer werden derartige



Paul von Hindenburg um 1930 mit Offizieren der Reichswehr

Positionen dann, wenn mit dieser Geisteshaltung in Ämtern mit großer Machtfülle staatliche Entscheidungen gefällt und öffentliche Stellungnahmen abgegeben werden.

¹⁶ Ebenda

¹⁷ abgedruckt in Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Hrsg., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der

Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Bd. 3, S. 541, zitiert nach: Reginald H. Pheips, Aus den Groener-Dokumenten, Deutsche Rundschau, Bd. 76 (1950), S. 540

von Hindenburgs Wirken als Reichspräsident

Als die Weimarer Republik in den letzten Jahren ihrer Existenz in schwieriges Fahrwasser geriet, nutzte Paul Reichspräsident von Hindenburg seine Machfülle, um folgenschwere Entscheidungen zu treffen, deren Ergebnis schließlich die Zerstörung der Weimarer Republik war:

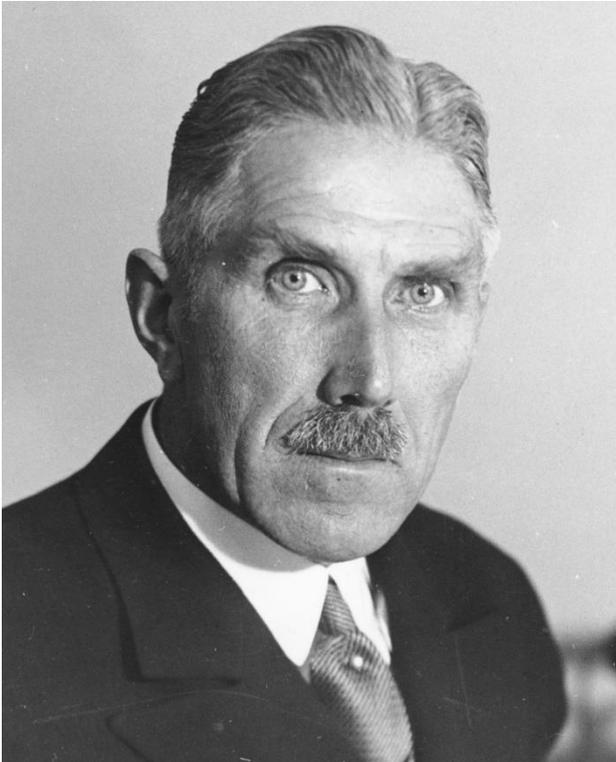


Foto von Franz von Papen: Reichskanzler von Paul von Hindenburgs Gnaden, nachdem dieser Reichskanzler Brüning zum Rücktritt gezwungen hatte, später Hitlers Vizekanzler

Die Grundlage für Paul von Hindenburgs Wirken in der Zeit ab 1930 war Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Dieser Artikel gab dem Reichspräsidenten die Macht gegen ein Land innerhalb der Weimarer Republik z.B. die Reichswehr einzusetzen. Darüber hinaus heißt es in Absatz 2 weiter: **„Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“**¹⁸ Als

¹⁸ siehe Weimarer Verfassung, Artikel 48: https://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100-muenkler/Verfassungstexte/Die_Weimarer_Reichsverfassung_2017ge.pdf

¹⁹ Siehe ebenda:

- Artikel 114: Die Freiheit der Person ist unverletzlich. ...
- Artikel 115: Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich ...
- Artikel 117: Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis sind unverletzlich ...
- Artikel 118: Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu

Korrektiv war Absatz (3) gedacht, gemäß welchem der Reichstag die verordneten Maßnahmen außer Kraft setzen kann.

Um die Aufhebung seiner Notverordnungen zu verhindern, löste Paul von Hindenburg ab 1930 mehrfach, mit vorgeschobenen Argumenten, den Reichstag auf.

So missbrauchte Paul von Hindenburg seine präsidiale Macht mit der „Verordnung des Reichspräsidenten“ zur Auflösung des Reichstags vom 18. Juli 1930: **„Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, daß meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt werden, löse ich auf Grund von Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“** Damit nahm er der parlamentarischen Mehrheit im Reichstag das ihr zustehende Recht.

Noch schlimmer nutzte Paul von Hindenburg jedoch die Möglichkeiten, welche ihm durch Außerkraftsetzen der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte gem. Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 zur Verfügung standen: Er setzte zur Durchsetzung zunehmend autoritärer Herrschaft ab 1930 wiederholt die Freiheitsrechte, das Briefgeheimnis, die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsrechte, Rechte auf Organisation und Eigentumsrechte aus.¹⁹

Ende Mai 1932 zwang Paul von Hindenburg Reichskanzler Brüning von der Zentrumspartei²⁰ zum Rücktritt, indem er von diesem die Regierungsbeteiligung von Hitler und der NSDAP verlangte. Danach ernannte er Franz von Papen zum Reichskanzler einer sogenannten Reichsregierung der „nationalen Konzentration“ mit Unterstützung durch Hitler und seine NSDAP. Diese von Hindenburg installierte Regierung hatte keine Aussicht auf eine Mehrheit im Reichstag und so kam es letztendlich durch den durch von Hindenburg inszenierten Sturz der Regierung Brüning zu den Neuwahlen vom 31. Juli 1932, bei welchen die NSDAP ihren Stimmanteil mit +19% auf 37,3% der Stimmen mehr als verdoppeln konnte.

Ein nächster Akt der Zerschlagung der Weimarer Republik durch von Hindenburg war der sogenannte „Preußenschlag“ in Form der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932, welche besagte:

äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt ...

- Artikel 123. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis zu versammeln ...
- Artikel 124. Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden ...
- Artikel 153. Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet ...

²⁰ Die Zentrumspartei war die Vorgängerin der heutigen CDU/CSU

„Auf Grund des Art. 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des Preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der Preußischen Staatsminister zu.“²¹



Paul von Hindenburg und der von ihm berufene Franz von Papen 1932

Zugleich verhing Paul von Hindenburg den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg. Damit hatte er sich nun sogar des Staatsstreichs schuldig gemacht!

Wie sehr von Hindenburg seine Bemühungen um eine Einbeziehung von Hitler und seiner NSDAP in die Regierung steigerte, zeigte sich auch im Rahmen der Unterhandlung von Paul von Hindenburg mit Adolf Hitler am 13. August 1932: „Der Herr Reichspräsident eröffnete die Besprechung damit, daß er Herrn Hitler erklärte, er sei bereit, die nationalsozialistische Partei und ihren Führer Hitler an der Reichsregierung zu beteiligen, und würde ihre Mitarbeit willkommen heißen.“²² Als Hitler nur zustimmen wollte, wenn er die Kanzlerschaft erhalte, verabschiedete sich von Hindenburg mit „Wir sind ja beide alte Kameraden und wollen es bleiben, da später uns der Weg doch wieder zusammenführen

kann. So will ich Ihnen denn auch jetzt kameradschaftlich die Hand reichen.“²³

Bei den letzten freien Wahlen in der Weimarer Republik am 6. November 1932 verlor die NSDAP über 4% der Stimmen und hatte nur noch einen Stimmanteil von 33,1%. Die demokratischen Parteien SPD, Zentrum/BVP und DVP hatten kleinere Verluste und Gewinne. Zugleich gab es Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung.

Eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie war jedoch von nationalkonservativen und völkischen Kreisen nicht gewünscht. Daher stieg Mitte November 1932 eine Gruppe „führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie sowie großagrarischer Kreise“²⁴ „in den Ring“ und richteten eine Eingabe an Reichspräsident von Hindenburg für die Berufung Adolf Hitlers, in welcher es unter anderem hieß: „... Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutsche nationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht ... Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.“²⁵

Nur wenige Wochen später fand die Besprechung statt, die oft als Geburtsstunde der NS-Diktatur bezeichnet wird: Im Hause des Bankiers von Schröder, einer der Unterzeichner des oben zitierten Aufrufes, trafen sich Schröder und von Papen mit Hitler, Heß und Himmler. Dazu der Bankier von Schröder in seiner eidesstattlichen Erklärung vom 3. November 1945: „Diese Änderungen, so erläuterte er damals, würden die Ausschaltung der Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden aus den führenden Stellen in Deutschland und die Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben einschließen. Von Papen und Hitler erzielten ein grundsätzliches Übereinkommen ...“²⁶

Das Paul von Hindenburg in diesen Prozess eingebunden war, wird spätestens durch die Ereignisse vom 22. Januar 1933 sichtbar. Im Tagebucheintrag Franz von Papens über ein erneutes Treffen mit Hitler, bei welchem Oskar von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten zugegen war, heißt es: „Hitler sendet ... Herrn von Ribbentrop zu mir mit der Bitte um eine Unterredung in dessen Hause. Ich fragte den Reichspräsidenten, ob er es für opportun halte, daß ich Hitler sehe? ... Da ich mir

²¹ Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Hrsg., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Band 8, S. 570

²² Ebenda, Bd. 8, S. 618: Aufzeichnung des Staatssekretärs Dr. Meißner über die Besprechung des Reichspräsidenten von Hindenburg mit Adolf Hitler

²³ Ebenda, Bd. 8, S. 619

²⁴ Ebenda, Bd. 8, S. 687f

²⁵ Ebenda, Bd. 8, S. 689

²⁶ Ebenda, Bd. 8, S. 744

über den Ernst der Lage klar war, bat ich den Feldmarschall, zur Korrektur meines Urteils oder meiner Eindrücke aus dieser Unterhaltung zu erlauben, daß sein Sohn Oskar und der Staatssekretär Dr. Meißner mich begleiteten ... der Reichspräsident ... sei der Meinung, die Zuspitzung der Lage mache es wünschenswerter

noch als bisher, die Bewegung an dieser oder einer neuen Regierung zu beteiligen. Hitler ... betonte, eine Beteiligung seiner Bewegung werde nur unter seiner Kanzlerschaft möglich sein. ... Über eine reiche Beteiligung bürgerlicher Minister werde man sich leicht einigen können²⁷.

Paul von Hindenburg übergibt die Macht an Hitler und seine NSDAP

Am 30. Januar 1933 hatten die antidemokratischen Kräfte ihr Ziel erreicht: Adolf Hitler wurde Reichskanzler. Die amtliche Mitteilung lautete: „**Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Führer der Nationalsozialistischen Partei Hitler, sowie Reichskanzler a. D. von Papen zu einer längeren Besprechung. Der Reichspräsident hat Herrn Hitler zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung ... neu gebildet.**“²⁸



Hitler grüßt von Hindenburg 1933

Neben von Papen als Vizekanzler wurde Wilhelm Frick (NSDAP) Innenminister und damit ausgerechnet für die innere Sicherheit, Verwaltung und öffentliche Ordnung zuständig. Als zweiter NSDAP-Minister wurde Göring zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und zugleich „mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preuß. Ministeriums des Innern betraut.“²⁹ Darüber hinaus gehörten diesem

ersten Kabinett Hitlers auch mehrere parteilose und drei der DNVP angehörenden Ministern an.

Und wie sehr Hindenburg die Errichtung der faschistischen Diktatur weiterhin konsequent unterstützte, zeigt auch, dass er auch das am 1. Februar 1933 an ihn gerichtete warnende Schreiben des ebenfalls antidemokratischen Generals a.D. Ludendorff ignorierte. Ludendorff schrieb: „**Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung in ihrem Grabe verfluchen.**“³⁰



In der Limousine: von Hindenburg und Hitler mit seinem Hitler-Gruß 1933

Die Vorgänge von Ende Januar/Anfang Februar deuten darauf hin, dass die Berufung des ersten Kabinett Hitlers nur dazu diente, dass Hitler, der sich nach dem Rückschlag vom November endlich einen Wahlsieg erhoffte, Neuwahlen ausschreiben konnte. Bereits kurz nach der Machtübergabe an Hitler verkündigte Paul von Hindenburg am 1. Februar 1933 in der amtlichen Meldung über die Auflösung des Reichstages: „**Nachdem der Reichskanzler und der Reichsvizekanzler dem Herrn Reichspräsidenten über die Verhandlungen mit dem Zentrum heute Vormittag Bericht erstattet haben, hat der Reichspräsident folgende vom heutigen Tage datierte**

²⁷ Ebenda, Bd. 8, S. 749f

²⁸ Ebenda, Bd. 8, S. 762f

²⁹ Ebenda, Bd. 8, S. 763

³⁰ Ebenda, Bd. 8, S. 766, zitiert nach: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Selbstverlag des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 367.

Verordnung über die Auflösung des Reichstags erlassen: Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zu der Neubildung der Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt. gez. von Hindenburg.³¹

Paul von Hindenburg änderte sein Verhalten weder nach dem Protest

- der Bayerischen Volkspartei (Telegramm von deren Vorsitzenden Staatsrat Schäffer an von Hindenburg am 2. Februar 1933: „**Durch die Begründung der Auflösungsorder, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, sehe ich mich gezwungen, bezüglich der Bayerischen Volkspartei sachlich zu widersprechen und festzustellen, daß die Bayerische Volkspartei, die ihren grundsätzlichen Willen zur Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau bekannt**

wissen mußte, überhaupt zu Verhandlungen nicht herangezogen worden ist.³²)

- noch demjenigen des Vorsitzenden der Zentrums-partei (Schreiben des Prälaten Kaas an Reichspräsident von Hindenburg vom gleichen Datum: „**In der Auflösungsverordnung des gestrigen Tages wird als Grund für die vollzogene Auflösung angegeben, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt habe. Die Deutsche Zentrumspartei nimmt Veranlassung, gegen diese den tatsächlichen Vorgängen nicht entsprechende Begründung Einspruch einzulegen, da die mit ihr begonnenen Besprechungen seitens der Regierung sachlich nicht weitergeführt worden sind und ohne stichhaltigen Grund vor Herbeiführung einer wirklichen Klärung abgebrochen wurden.**“³³

Es stellt sich so dar, als ob nicht nur Adolf Hitler und seine NSDAP, sondern auch Paul von Hindenburg mit der Zerstörung der Weimarer Republik endlich ihr Ziel erreicht hatten, wie auch die folgenden Ereignisse und Aussagen zeigen.

von Hindenburgs Unterstützung bei der Errichtung der Nazi-Diktatur

Mit seiner Verordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 setzte Paul von Hindenburg nicht nur seine undemokratische Notverordnungspolitik fort, sondern unterstützt durch die Einschränkung demokratischer Rechte und der Beauftragung des NSDAP-Innenministers Frick mit der Umsetzung der Verordnung aktiv die Errichtung der Nazi-Diktatur!

Diese Verordnung erlaubte

- gem. Absatz 2 „**öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen**“ zu verbieten³⁴;
- §5 besagte: „**Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten**“, §6 ermöglichte selbiges für die Landesbehörden,
- §§7 und 8 erlaubten, dass „**Druckschriften ... polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden**“³⁵ können und dass Gerichte nicht einmal mehr die Beschlagnahme aufheben können;
- §9 erlaubte das Verbot von periodischen Druckschriften, d.h. von Zeitungen und Magazinen³⁶;
- §14 besagte: „**Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen**

Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen ... eingesammelt werden“³⁷;

Dass mit von Hindenburgs Verordnung von alle oppositionellen Kräfte von konservativen Parteien, wie Zentrum und Bayerischer Volkspartei bis zu linken Parteien, wie SPD und KPD behindert und unterdrückt werden sollten, wird insbesondere durch §25 deutlich. Dort wird der NSDAP-Innenminister Frick mit der Umsetzung beauftragt: „**Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern**“³⁸

Den Brandanschlag auf den Berliner Reichstag nahm Paul von Hindenburg zum Anlass, mit seiner Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 praktisch alle wesentlichen demokratischen und Bürgerrechte außer Kraft zu setzen:

„**Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haus-suchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zu-**

³¹ Ebenda, Bd. 9, S. 15 nach Kölnische Zeitung Nr. 64 vom 2. Februar 1933

³² Ebenda, Bd. 9, S. 18 nach Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 57 vom 3. Februar 1933

³³ Ebenda, Bd. 9, S. 18 nach Kölnische Zeitung Nr. 64 vom 2. Februar 1933

³⁴ Ebenda, Bd. 9, S. 18ff

³⁵ Ebenda

³⁶ Ebenda

³⁷ Ebenda

³⁸ Ebenda

lässig.³⁹ Damit hat Paul von Hindenburg endgültig die verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte, das Briefgeheimnis, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, und Recht auf Organisation sowie das Eigentumsrecht außer Kraft gesetzt und dem Missbrauch der Nazis übergeben.



Das gängige Propagandabild: Große Führer mit Kindern

Dass es in der deutschen Bevölkerung immer noch keine Mehrheit für das faschistische Regime gab, zeigten die Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933: Die NSDAP verpasste die absolute Mehrheit und erhielt, trotz des unglaublichen Nazi-Terrors in der Wahlkampfphase, nur 43,91% der Stimmen. Das Zentrum hielt sich bei 11,25%, die SPD erhielt noch 18,25% und sogar die KPD, welche ihren Wahlkampf aus dem Untergrund führen musste, erreichte sogar noch 12,32% der Stimmen.

In seiner Ansprache am 21. März 1933 feierte von Hindenburg die Hitlerregierung mit den Worten: **„Durch meine Verordnung vom 1. Februar des Jahres löste ich den Reichstag auf, damit das deutsche Volk selbst zu der von mir neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nehmen könne. In der Reichstagswahl vom 5. März hat unser Volk sich mit einer klaren Mehrheit hinter diese durch mein Vertrauen berufene Regierung gestellt“**⁴⁰

Drei Tage später unterzeichnete von Hindenburg das Ermächtigungsgesetz, womit auch die Legislative ausgeschaltet wurde, indem Gesetze durch die Nazi-Regierung selbst beschlossen werden konnten und gegen die Verfassung verstoßen durften:

„Artikel 1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden ...

Artikel 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben ...“⁴¹

³⁹ Ebenda, Bd. 9, S. 53ff nach Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1933, Teil I, Nr. 17. S. 83

⁴⁰ Ebenda, Bd. 9, S.133f nach Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457, S. 5

Formell hatte die NSDAP gem. Wahlergebnis vom März des Jahres im Reichstag keine absolute Mehrheit (auch wenn diese durch Verhaftungen bzw. das Untertauchen der KPD-Abgeordneten, das Verbot der SPD und der „Selbstaflösung“ der bürgerlichen Parteien faktisch gege-



V.l.n.r.: Vizekanzler von Papen, Hitler und Goebbels umringt von Menschenmassen mit dem Nazi-Gruß

ben war). Daher veranstaltete die Hitler-Regierung am 12. November 1933 eine Reichstagswahl in Verbindung mit einer Volksabstimmung. In der Reichstagswahl konnte nur noch die NSDAP gewählt werden und in der Volksabstimmung sollte der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund beschlossen werden (dies entspräche heute einem Austritt aus den Vereinten Nationen, der UNO).

Sogar diese umfassende Gleichschaltung und den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund unterstützte Paul von Hindenburg im November 1933 mit seiner Rundfunkansprache und feierte zugleich Hitler und die erfolgreiche Errichtung des Faschismus mit den Worten:

„Ich und die Reichsregierung, einig in dem Willen, Deutschland aus der Zerrissenheit und Ohnmacht der Nachkriegsjahre emporzuführen, haben das deutsche Volk aufgerufen, morgen selbst über sein Schicksal zu entscheiden und vor aller Welt zu bekunden, ob es die von uns eingeschlagene Politik billigen und zu seiner eigenen Sache machen will.

Lange Jahre schwächender Uneinigkeit liegen hinter uns. Dank der mutigen, zielbewussten und kraftvollen

⁴¹ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich

(„Ermächtigungsgesetz“) vom 24. März 1933,

Reichsgesetzblatt Jahrgang 1933, Teil I, Nr. 25, S. 141

Führung des am 30. Januar dieses Jahres von mir berufenen Reichskanzlers Hitler und seiner Mitarbeiter hat Deutschland sich selbst wiedergefunden und die Kraft gewonnen, den Weg zu beschreiten, den ihm seine nationale Ehre und feine Zukunft vorschreiben.⁴²

Hindenburgs Begeisterung für die NS-Diktatur ging noch weiter: Nachdem 1933 von den Nazis bereits über 40 Konzentrationslager errichtet worden waren und in diesen bereits an die 1000 Menschen ermordet worden waren, dankte er am 30. Januar 1934 zum Jahrestag der Machtübergabe an Hitler mit dem nachstehenden Schreiben:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die Wiederkehr des Tages, an dem ich Sie im Vorjahre zur Führung der Reichsregierung berufen und zum Reichskanzler ernannt habe, ist mir Anlaß, Ihrer in herzlicher Dankbarkeit zu gedenken und Ihnen meine aufrichtige Anerkennung für Ihre hingebende Arbeit und Ihre große Leistung auszusprechen. Vieles ist in dem seither abgelaufenen Jahr zur Beseitigung der Wirtschaftsnot und zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes geschehen, und große Fortschritte sind gemacht worden; aber es bleibt auch noch vieles zu tun übrig, bis Not und Schwäche endgültig überwunden sind. Ich vertraue auf Sie und Ihre Mitarbeiter, daß Sie das so tatkräftig begonnene große Werk des deutschen Wiederaufbaues auf der Grundlage der nun glücklich erreichten nationalen Einheit des deutschen Volkes im kommenden Jahre erfolgreich fortsetzen und mit Gottes Hilfe vollenden werden! In dieser Zuversicht verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr sehr ergebener von Hindenburg.⁴³

Wie mag die begeistert gefeierte sogenannte „nationale Einheit“ in den Ohren der KZ-Insassen und den Menschen jüdischen Glaubens geklungen haben?

Auch wenn Paul von Hindenburg aufgrund seiner adeligen Herkunft den Nazi-Pöbel der Straße ablehnte, verfasste er als weitere Begeisterungsausäußerung für den Hitlerfaschismus in seinem politischen Testament:

„Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung steht, der das ganze deutsche Vaterland umfaßt.

Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird. In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen. von Hindenburg.⁴⁴

In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen. von Hindenburg.⁴⁵

Hindenburg in seinen letzten Tagen und der sogenannte Röhms-Putsch

Auch für die Säuberungs- und Mordaktion der Nazis Ende Juni/Anfang Juli 1934 erhielten Hitler und seine Nazi-Schergen noch einmal ein begeistertes Lob von Paul von Hindenburg in seiner Funktion als Reichspräsident:

„Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und die tapfere Einsetzung Ihrer Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keim erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meinen tiefempfundenen Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus. Mit besten Grüßen, von Hindenburg.⁴⁶

Dies ist umso beschämender, da die Morde propagandistisch mit der unwahren Behauptung gerechtfertigt wurden,

dass Ernst Röhm, der Stabschef der sogenannten Sturmabteilung (SA) der NSDAP, sowie weitere Führungskräfte der SA und andere unliebsame Personen einen Putsch geplant hätten.

Insgesamt wurden bei dem Massaker zwischen 90 und möglicherweise sogar mehrere hundert Morde begangen. Weitere Personen wurden in Konzentrationslagern inhaftiert. Die Anzahl der Getöteten konnte nie nachgewiesen werden, da die Nazis die Spuren dieser Aktion umgehend verwischten. Neben den, durch ihre NSDAP-Tätigkeit selbst als Verbrecher einzuordnenden SA-Führungskräften, wurden auch der Paul von Hindenburg ursprünglich nahestehende General und früherer Reichskanzler von Schleicher, dessen Frau, konservative und katholische Oppositionelle sowie völlig Unbeteiligte ermordet. Auch

⁴² Fritz Endres, Hrsg., Hindenburg. Briefe – Reden – Berichte, München 1934, S. 184f.

⁴³ Ebenda, S. 186

⁴⁴ Ebenda, S. 188-192 sowie Walter Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen, 1966, S. 382f

⁴⁵ Ebenda, S. 188-192 sowie Walter Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen, 1966, S. 382f

⁴⁶ Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Hrsg., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979, Band 10, S. 195f

der von Hindenburg besonders nahestehende ehemalige und jetzt stellvertretende Reichkanzler von Papen wurde verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Ein derart begeistertes Lob für Massenmord durch einen Staatspräsidenten ist vermutlich in der Geschichte einmalig!

Quellenangaben:

Die Verfassung des Deutschen Reichs („Weimarer Reichsverfassung“) vom 11. August 1919, https://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100-muenkler/Verfassungstexte/Die_Weimarer_Reichsverfassung_2017ge.pdf

Fritz Endres, Hrsg., Hindenburg. Briefe – Reden – Berichte, München 1934

Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Hrsg., Ursachen und Folgen: vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart; eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 29 Bde. Berlin: Dokumenten-Verlag, 1959-1979

Reginald H. Pheips, Aus den Groener-Dokumenten, Deutsche Rundschau, Bd. 76 (1950)

Walter Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen, 1966

Paul von Hindenburg und Berchtesgaden

Kurz nach der Machtübergabe an Hitler und seine NSDAP behandelte der Marktgemeinderat Berchtesgaden in seiner Sitzung vom 25. März 1933 mehrere Anträge zu Paul von Hindenburg, dem faschistischen Ideologen und Publizisten Dietrich Eckart und Adolf Hitler.

„Der Gemeinderat beschließt in seiner außerordentlichen Sitzung vom 25. März 1933 dem Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, und dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler in dankbarer Würdigung ihrer großen Verdienste um die nationale Einigung des deutschen Volkes das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Der Gemeinderat bittet den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler diese Ehrung gütigst entgegennehmen zu wollen.“

Der Berchtesgadener Anzeiger veröffentlichte am 28. März 1933 den einstimmigen Beschluss des damaligen Marktgemeinderates, von Hindenburg und Hitler zu Ehrenbürgern zu ernennen

In einem ersten einstimmigen Beschluss wurden Paul von Hindenburg und Adolf Hitler „in dankbarer Würdigung ihrer großen Verdienste um die nationale Einigung des deutschen Volkes das Ehrenbürgerrecht“⁴⁷ verliehen.

Angemessener Weise hat sich der Marktgemeinderat Berchtesgaden in diesem Jahr auch von der Ehrenbürgerschaft Paul von Hindenburgs distanziert, nachdem 2008 die Distanzierung von der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers erfolgt war.

In der gleichen Sitzung wurden von der NSDAP-Gemeinderatsfraktion ein Paket von drei Anträgen eingebracht. Im ersten Antrag hieß es:

Paul von Hindenburg zeigte durch seine politischen Entscheidungen und Eingriffe in die Weimarer Republik sowie durch seine Reden eine kaum zu überbietende antidemokratischere Haltung und unterstützte mit seinen Verordnungen und Veröffentlichungen die Errichtung der NS-Diktatur!

Von Gemeinderat Sanbrod werden dann folgende Anträge der nationalsozialistischen Gemeinderatsfraktion eingebracht:

1. Der Gemeinderat wolle beschließen: zu Ehren ihres jüngsten Ehrenbürgers des Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg die Danielstraße von der Maximilianstraße bis Bayerstraße (Luitpoldpark) in Hindenburg-Allee umzubenennen.

Begründung: Der Generalfeldmarschall und Führer aller deutschen Truppen im großen Weltkriege hat sich durch seine Verdienste als Feldherr einen unsterblichen Namen erworben. Außerdem hat er als Reichspräsident des deutschen Volkes namentlich durch die Berufung des Führers der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zum Reichskanzler eine nationale Einheit geschaffen, die der brennendste Wunsch aller national gesinnten Deutschen seit langem war.

Der Berchtesgadener Anzeiger berichtete weiter: Als Dank dafür, dass Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler machte, wurde die Danielstraße in Von-Hindenburg-Allee umbenannt. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen

„Der Gemeinderat wolle beschließen: zu Ehren ihres jüngsten Ehrenbürgers des Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg die Danielstraße von der Maximilianstraße bis zur Bayerstraße (Luitpoldpark) in Hindenburg-Allee umzubenennen.

Begründung: Der Generalfeldmarschall und Führer aller deutschen Truppen im großen Weltkrieg hat sich durch seine Verdienste als Feldherr einen unsterblichen Namen erworben. Außerdem hat er als Reichspräsident des deutschen Volkes namentlich durch die Berufung des Führers der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zum Reichskanzler eine nationale Einheit geschaffen, die der brennende Wunsch aller national gesinnten Deutschen seit langem war.“⁴⁸

Im zweiten Punkt wurde die Umbenennung der Maximilianstraße in Adolf-Hitler-Straße beantragt, im dritten Teil

⁴⁷ Berchtesgadener Anzeiger vom 28. März 1933

⁴⁸ ebenda

die Umbenennung der Locksteinstraße in Dietrich-Eckart-Straße.

Zufrieden wurde im Protokoll festgestellt: „Auch diese Anträge werden einstimmig zum Beschluß erhoben“⁴⁹

Während die Adolf-Hitler-Straße und die Dietrich-Eckart-Straße neben anderen bereits am 2. Juni 1945 gem. Berchtesgadener Amtsblatt Nr. 3⁵⁰ durch ein „Order of Military Government“ rückbenannt wurden, wurde be-

dauerlicherweise ausgerechnet der Antidemokrat und Steigbügelhalter Hitlers von den Alliierten übersehen.

Viele deutsche Städte und Gemeinden haben sich in den letzten Jahrzehnten schon von solchen Straßennamen befreit. In Berchtesgaden existiert immer noch die von den Nazis propagandistisch benannte Von-Hindenburg-Allee!

Quellenangaben:

Berchtesgadener Anzeiger vom 28. März 1933

Berchtesgaden Heimatkundeverein / 1945: "Entnazifizierung" von Straßen
<https://www.heimatkundeverein-berchtesgaden.de/1945-entnazifizierung-von-strassen.html>

⁴⁹ ebenda

⁵⁰ <https://www.heimatkundeverein-berchtesgaden.de/1945-entnazifizierung-von-strassen.html>

ZIEL DES VEREINS

Unser Verein fördert ein tolerantes und friedliches Miteinander sowie Vielfalt im Sinne der freiheitlichen, pluralistischen und rechtsstaatlichen Demokratie auf Basis des Grundgesetzes.

Wir engagieren uns gegen Rassismus, Diskriminierung und Hetze durch Veranstaltungen, Kundgebungen, Vorträge, Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie Bildungsangebote. Wir fördern demokratische Werte, unterstützen politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte und Flüchtlinge, erinnern an Verfolgte und helfen Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Wir setzen uns für eine weltoffene Haltung und Toleranz in allen Bereichen der Kultur und Völkerverständigung ein.

MITGLIED WERDEN

Werde jetzt Mitglied unseres Vereines!

JAHRESBEITRAG 25 €

Die Beitrittserklärung findest Du als PDF zum Downloaden unter:
berchtesgaden-gegen-rechts.de/download



**BERCHTESGADEN
GEGEN RECHTS—
FÜR VIelfALT UND
DEMOKRATIE E.V.**

 [bgd_gegen_rechts](https://www.instagram.com/bgd_gegen_rechts)
 [Berchtesgaden gegen Rechts](https://www.facebook.com/Berchtesgaden-gegen-Rechts)

[BERCHTESGADEN-GEGEN-RECHTS.DE](https://berchtesgaden-gegen-rechts.de)